

OFFENER BRIEF

Für eine vielfältige Kölner Schullandschaft – Solidarität mit der Peter-Ustinov-Realschule und Verantwortung für die Zukunft unserer Schulen

Absenderin: Jennifer Görs
Vorsitzende der Schulpflegschaft und Elternvertreterin
Wilhelm-Busch-Realschule Köln

An: Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, den Rat der Stadt Köln, die zuständige Schulverwaltung sowie die Öffentlichkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Diskussion über die Zukunft einzelner Schulen in Köln betrifft weit mehr als Gebäude, Schulplätze oder organisatorische Veränderungen. Sie berührt die Bildungswege junger Menschen, das Vertrauen von Familien in kommunale Entscheidungen und die Frage, welche Vielfalt an Bildungsangeboten unsere Stadt ihren Kindern und Jugendlichen künftig ermöglichen möchte.

Als Vorsitzende der Schulpflegschaft und Elternvertreterin der Wilhelm-Busch-Realschule Köln möchte ich meine Solidarität mit der Peter-Ustinov-Realschule und den Menschen ausdrücken, die sich für ihre Schule und deren pädagogisches Profil einsetzen. Dieser Brief ist eine persönliche Erklärung in meiner genannten Funktion; er behauptet keine nicht bestätigte Beschlussfassung oder Zustimmung der gesamten Schulgemeinschaft.

Unsere Schulgeschichte verdient Beachtung

Die Wilhelm-Busch-Realschule blickt auf eine Entwicklung zurück, die von Veränderungen und Weiterentwicklungen geprägt ist. Nach der veröffentlichten Schulchronik reichen ihre Anfänge in das Jahr 1972 zurück. Zunächst nutzte sie Räume der Grundschule Porz-Gremberghoven; 1979 zog sie in das Schulzentrum Zündorf um. 1991 erhielt sie den Namen Wilhelm-Busch-Realschule. Zu den später dokumentierten Stationen gehören die Einführung des Ganztags im Jahr 2010 und die Einrichtung einer integrativen Lerngruppe im Jahr 2013.

Diese Stationen erinnern daran, dass Schulen sich weiterentwickeln können und zugleich gewachsene Bildungsorte sind. Ihre Bedeutung lässt sich nicht allein anhand von Gebäuden, Kapazitäten oder organisatorischen Planungen beurteilen. Pädagogische Erfahrung, die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie die Perspektiven der Familien gehören ebenfalls in die Abwägung.

Solidarität bedeutet, faire Entscheidungen einzufordern

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Peter-Ustinov-Realschule macht deutlich, wie wichtig transparente und nachvollziehbare Entscheidungen in der Schulentwicklungsplanung sind. Der Bedarf an zusätzlichen Gesamtschulplätzen muss ernst genommen werden. Daraus sollte jedoch nicht automatisch folgen, dass bestehende Schulen oder Schulformen zurückgedrängt werden. Unterschiedliche Lösungen sollten sorgfältig und ergebnisoffen geprüft werden.

Betroffene Schulgemeinschaften müssen frühzeitig beteiligt werden – nicht erst, wenn wesentliche Entscheidungen bereits feststehen. Eltern, Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler sollten ihre Perspektiven einbringen können und nachvollziehen dürfen, auf welchen Bedarfsprognosen, Kriterien und Abwägungen Planungen beruhen.

Vielfalt ist eine Stärke unserer Stadt

Kinder und Jugendliche haben unterschiedliche Interessen, Stärken und Lernvoraussetzungen. Eine vielfältige Schullandschaft eröffnet ihnen unterschiedliche Bildungswege und Zukunftsperspektiven. Realschulen leisten hierzu einen eigenständigen Beitrag. Ihre Rolle sollte bei der Kölner Schulentwicklungsplanung angemessen berücksichtigt werden.

Unsere Erwartungen an die Schulentwicklungsplanung

Ich appelliere an die Verantwortlichen der Stadt Köln:

1. die Vielfalt der Schulformen zu erhalten und bestehende Realschulen angemessen zu berücksichtigen;
2. Alternativen zu Umwandlungen oder Schließungen ergebnisoffen zu prüfen;
3. Bedarfsprognosen, Entscheidungsgrundlagen und mögliche Folgen transparent darzustellen;
4. betroffene Schulgemeinschaften frühzeitig und ernsthaft einzubeziehen;
5. pädagogische Qualität und die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt zu stellen;
6. verlässliche Perspektiven für Schulen, Familien und Beschäftigte zu schaffen.

Verantwortung für die kommenden Generationen

Die Geschichte einer Schule zeigt, dass Veränderung und Kontinuität zusammengehören. Verantwortungsvolle Schulpolitik muss deshalb sorgfältig prüfen, welche Veränderungen notwendig sind, welche Alternativen bestehen und welche Folgen Entscheidungen für die betroffenen Menschen haben. Der Ausbau benötigter Schulplätze und der Erhalt bewährter Bildungsangebote sollten nicht vorschnell als Gegensätze behandelt werden.

Meine Solidarität mit der Peter-Ustinov-Realschule ist zugleich ein Plädoyer für einen respektvollen Umgang mit allen Kölner Schulen und ihren Schulgemeinschaften. Entscheidungen über ihre Zukunft sollten transparent, nachvollziehbar und unter echter Beteiligung der Betroffenen getroffen werden.

Für eine vielfältige Schullandschaft. Für faire Beteiligung. Für verlässliche Bildungswege in Köln.

Mit freundlichen Grüßen

Jennifer Görs

Vorsitzende der Schulpflegschaft und Elternvertreterin
Wilhelm-Busch-Realschule Köln

Köln, den _____

UNTERSTÜTZENDE UND UNTERSCHRIFTEN

Offener Brief: Für eine vielfältige Kölner Schullandschaft – Solidarität mit der
Peter-Ustinov-Realschule

Mit ihrer Unterschrift erklären die Unterzeichnenden ihre persönliche Unterstützung für das Anliegen des offenen Briefes. Die Unterschrift stellt nicht automatisch eine offizielle Erklärung einer Schule oder eines Gremiums dar.

1. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

2. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

3. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

4. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

5. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

6. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

7. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

8. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

9. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

10. Name: _____
Funktion / Schule (optional): _____
Unterschrift: _____

Ort: Köln Datum: _____

Bitte Namen und Funktionen nur mit Zustimmung der jeweiligen Personen eintragen. Weitere Unterschriften können auf zusätzlichen Seiten gesammelt werden.